

GMÜNDER TAGESPOST

LORCHER ANZEIGER
HEUBACHER NACHRICHTEN
ZEITUNG FÜR
DEN OSTALBKREIS

Donnerstag, 11. Dezember 2025

77. Jahrgang / Nummer 286
Einzelpreis 2,70 €
www.gmuender-tagespost.de

Heute im Lokalen



Standort für Feuerwehr?

750 Meter sind es vom „Florian“ bis zum „Schlittenhügel“ in der Weissensteiner Straße. Dort soll die Zukunft der Gmünder Feuerwehr liegen. Die Stadt beschäftigt sich jedenfalls intensiv mit einem Neubau an diesem Standort. Es soll mit den Eigentümern des Geländes eine Annäherung zum Grundstückskauf gegeben haben. Die feuerwehrpolitischen Sprecher der Gemeinderatsfraktionen haben sich am Dienstagabend mit Feuerwehrangehörigen getroffen und über dieses Thema gesprochen.

Schwäbisch Gmünd Seite 9

Und wieder ein Leck

Schon wieder hat das große Schwimmbaden im Heubacher Freibad ein Leck. Schon wieder läuft das Wasser unkontrolliert aus dem Becken. „Kann das Freibad in der nächsten Saison öffnen?“, will Stadträtin Julia Gaiser in der jüngsten Sitzung des Heubacher Gemeinderates am Dienstagabend wissen. Stadtbaumeister Winfried Mürdter bestätigt das Unglück. Die Folie im großen Schwimmbaden sei alt, durch die UV-Strahlung leide das Material. Nun hat sich wieder ein Riss gebildet. Ob das Bad 2026 planmäßig eröffnen kann?

Rosenstein Seite 15



Traumhochzeit vor der Tür

Ob Schloss, Bergwerk, Villa oder Industriehalle: Auf der Ostalb finden Paare außergewöhnliche Hochzeitslocations. Historisches Flair, kulinarische Highlights und flexible Raumgrößen bieten für jeden Geschmack das passende Ambiente. Die Angebote richten sich an Paare, die Wert auf Individualität und besondere Erlebnisse legen. Preislich und konzeptionell gibt es vielfältige Möglichkeiten – von rustikal bis elegant, für kleine und große Gesellschaften. Inspiration und Anregungen gibt es bei den Hochzeitsmessen in der Region.

Ostalb Seite 22

Wetter in Gmünd
Quelle: DWD

morgens	mittags	abends
6°	10°	5°
Tagesminimum: 6° Tagesmaximum: 11°		

So erreichen Sie uns:
Aboservice: (07171) 60 01-250
servicecenter@sdz-medien.de
Anzeigen: (07171) 60 01-200
anzeigenverkauf@sdz-medien.de

Redaktion: Telefon (07171) 60 01-712
redaktion@gmuender-tagespost.de

www.gmuender-tagespost.de



Nobelpreis statt Gefängnis

María Corina Machado, die führende Figur der venezolanischen Opposition, erhielt in Abwesenheit den Friedensnobelpreis für ihren Einsatz für Demokra-

tie und Menschenrechte in Venezuela. Ihre Tochter nahm den Preis in Oslo entgegen und verlas eine Rede ihrer Mutter. Machado, die in Venezuela aus Sicher-

heitsgründen im Untergrund lebt, kam verspätet nach Oslo. Bei einer Rückkehr droht ihr Verfolgung durch das Maduro-Regime. Foto: Ole Berg-Rusten/NTB/afp

Kommentar

Guido Bohsem
zu Wahlen
in der Ukraine



Zugeständnis an Trump

Wahltag sind die Feiertage der Demokratie. Der Souverän spricht und entscheidet über den Kurs des Landes. Wenn also die Bürger eines Staates eine neue Regierung wählen, muss das würdig und korrekt ablaufen. Dass das in der Ukraine nicht ohne Einschränkungen gelingen kann, dürfte nicht schwer vorzustellen sein. Was ist mit den Wählern in den russisch besetzten Gebieten? Was ist mit den Wählern in den umkämpften Frontstädten? Bleiben die außen vor oder werden sie einbezogen? Wie verhindert man, dass die russische Armee gezielt Wahllokale ins Visier nimmt?

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj weiß sehr genau, dass die Verfassung ihm das Recht gibt, Wahlen in Kriegszeiten zu verschieben und er weiß auch, welche Probleme es seinem Land augenblicklich bereiten würde, sie trotzdem abzuhalten. Man kann seine Ankündigung also getrost als taktisches Manöver deuten, mit dem er den Ball wieder an US-Präsident Donald Trump zurückspielt, der die Forderung nach Neuwahlen beständig wiederholt. Das wird ihm und seinem Land eine kleine Atempause verschaffen, mehr aber auch nicht.

Kreml ist erfreut

Ukraine Moskau fühlt sich nach Aussage zu Neuwahl bestätigt.

Moskau. Der Kreml hat die Bereitschaft des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, Neuwahlen abzuhalten, begrüßt. Dies sei „ziemlich neu“ und decke sich mit Forderungen, die Russlands Präsident Wladimir Putin schon länger und US-Präsident Trump kürzlich erhoben hätten, sagte Sprecher Dmitri Peskow. Er lobte zudem Trump für seine Kritik an Selenskyj und für die Forderung nach harten Zugeständnissen an Russland. Trumps Worte „zum Thema, wie die Ukraine Boden verliert, stimmen mit unserem Verständnis überein.“ dpa

Kommentar

Wirtschaftskrise kommt bei Menschen im Südwesten an

BaWü-Check Die Sorgen um Jobs, Wohlstand und die Autoindustrie werden immer konkreter. Doch es wächst auch die Hoffnung auf Besserung. Von Igor Steinle

Immer mehr Menschen in Baden-Württemberg spüren die Auswirkungen der Wirtschaftskrise im eigenen Leben. Das ist das Ergebnis des aktuellen „BaWü-Checks“, der repräsentativen Umfrage der baden-württembergischen Zeitungsverlage. „Zeigte sich die Mehrheit der Bevölkerung lange Zeit zwar besorgt, aber nur begrenzt persönlich von der Krise betroffen, ändert sich seit einigen Monaten diese Einschätzung“, heißt es in der

Studie, die vom renommierten Allensbach-Institut durchgeführt wurde. Inzwischen kennen 16 Prozent der Befragten Angehörige, die um ihren Arbeitsplatz bangen, sieben Prozent berichten von familiären Jobverlusten. Auch persönlich machen sich 15 Prozent der Berufstätigen Sorgen um ihren Arbeitsplatz.

Dies und die Inflation der vergangenen Jahre schlagen sich auch im Alltagsverhalten der Menschen nieder. Zwei Drittel der Baden-Württemberger

achten inzwischen stärker auf Preise beim Einkaufen, fast die Hälfte lebt sparsamer, ein Drittel verschiebt Anschaffungen.

Besondere Sorge bereitet den Menschen der Zustand der Autoindustrie. Auf die Ursachen der Krise von Mercedes, Porsche und Co. haben die Menschen im Land einen differenzierten Blick: Die Konkurrenz aus China, Bürokratie, politische Fehler, hohe Energiepreise oder auch EU-Vorgaben wie das Verbrennerverbot werden als Gründe genannt. Fast die Hälfte hält ein „Detroit-Szenario“ –

also einen wirtschaftlichen Niedergang wie in der US-Autostadt – für Stuttgart für möglich. Dementsprechend erwartet fast ein Drittel der Bürger Wohlstandseinbußen in den kommenden fünf Jahren – deutlich mehr als im Bundesschnitt.

Dennoch zeigt sich auch ein kleiner Stimmungsaufschwung im Land: „Jeder dritte Baden-Württemberger sieht den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen entgegen; zu Beginn des Jahres war es nur gut jeder vierte“, heißt es. Südwestumschau

Land ermöglicht Handyverbot

Schulen Grün-Schwarz will den Vormarsch digitaler Geräte begrenzen.

Stuttgart. Die Nutzung privater Handys an Schulen soll in Baden-Württemberg konsequenter reguliert werden. Künftig müssen sich alle Schulen im Südwesten verbindliche Regeln für den Umgang mit den Geräten geben. Der Landtag beschloss eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes. Bislang konnten sich die Schulen über ihre Hausordnung eigene Re-

geln geben, waren dazu aber nicht verpflichtet. Das ändert sich nun.

Jede Schule muss künftig verbindlich regeln, wie, wann und ob mobile Endgeräte auf dem Schulgelände genutzt werden dürfen. Die Handynutzung soll reguliert werden, „um Störungen des Unterrichts und des Schulalltags zu verhindern sowie die Entwicklung und das so-

ziale Miteinander der Schülerinnen und Schüler zu fördern“, heißt es in dem Gesetz.

Die Regeln sollen sich aber nur auf die private Nutzung von Smartphones und Co. beziehen, etwa in Pausen oder in der Hausaufgabenbetreuung. Die Nutzung eigener Geräte im Unterricht unter Anleitung von Lehrkräften soll weiterhin möglich sein.

Grundschulen in Baden-Württemberg empfiehlt das Kultusministerium allerdings, ein striktes Handyverbot in ihre Schulordnungen aufzunehmen. „Die Benutzung mitgebrachter privater digitaler mobiler Endgeräte ist grundsätzlich verboten“, heißt es in einer vom Ministerium veröffentlichten Formulierungshilfe für die Schulen. dpa

Gibt es Glück ohne Zuschauer?

Der Winter ist die Zeit, in der einige vor der Kälte zumindest für ein paar Tage in den Süden fliehen. Früher dienten solche Urlaube allein der Erholung und dem Spaß. Doch heutzutage gilt das für viele nicht mehr uneingeschränkt. Denn die sozialen Medien ermöglichen es, Freunde, Bekannte und andere Menschen am eigenen Urlaub teilhaben zu lassen.

Wenn im Wald ein Baum umfällt und niemand ist da, um es zu hören, gibt es dann ein Geräusch? Das ist eine Frage, an der schon so mancher Philoso-

phie-Fan herumgetüftelt hat. Ähnlich treibt es anscheinend den einen oder anderen Urlauber um, ob ein Moment des Glücks tatsächlich zählt, wenn ihn nicht genügend andere mitbekommen. Da kommen die sozialen Medien ins Spiel, die viele auch sonst im Leben zu Schauspielern machen: auf Facebook, Instagram oder TikTok.

Im Urlaub auf Lanzarote steht also ein Mann im Meer. Die Wellen kommen immer höher und schneller – und der

Mann geht noch etwas weiter hinein. Er streckt seinen Arm nach oben. In seiner Hand hält er ein Handy, mit dem er Selfies macht, während die Wellen auf seinen Körper einschlagen.

Als er später wieder am Strand ist, sagt er, es seien fantastische Fotos geworden. Er sehe darauf so fröhlich aus. Die Sache sei aber anstrengend gewesen. Denn er habe ja die ganze Zeit Angst haben müssen, dass im schlimmsten Fall sein Handy ins Meer fällt. Tobias Peter



FOTO: NATHALIE HELENE RIPPICH/DPA

EU Mehr Klima, weniger Umwelt

Brüssel. Die EU hat sich geeinigt, den CO₂-Ausstoß bis 2040 um 90 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken, der Kompromiss räumt den 27 Staaten aber einigen Spielraum ein. Ein CO₂-Preis für Heizen und Tanken soll verschoben werden. Gleichzeitig sollen mehrere Umweltsetze gelockert werden, um die Wirtschaft zu entlasten. Die EU-Kommission schätzt, dass Unternehmen dadurch jährlich etwa eine Milliarde Euro einsparen. dpa

Kinderhilfswerk Unicef braucht mehr Geld

New York. Das UN-Kinderhilfswerk Unicef hat für 2026 einen Bedarf von 7,66 Milliarden US-Dollar (6,58 Milliarden Euro) angemeldet. Das Geld werden benötigt, um für 73 Millionen Kinder in 133 Ländern lebensrettende Hilfe zu leisten. 2025 habe sich die Finanzierung dramatisch verschlechtert. So habe eine Finanzierungslücke von 72 Prozent bei Ernährungsprogrammen dazu genötigt, die Zahl der Hilfspfänger von 42 Millionen auf 27 Millionen zu verringern. kna